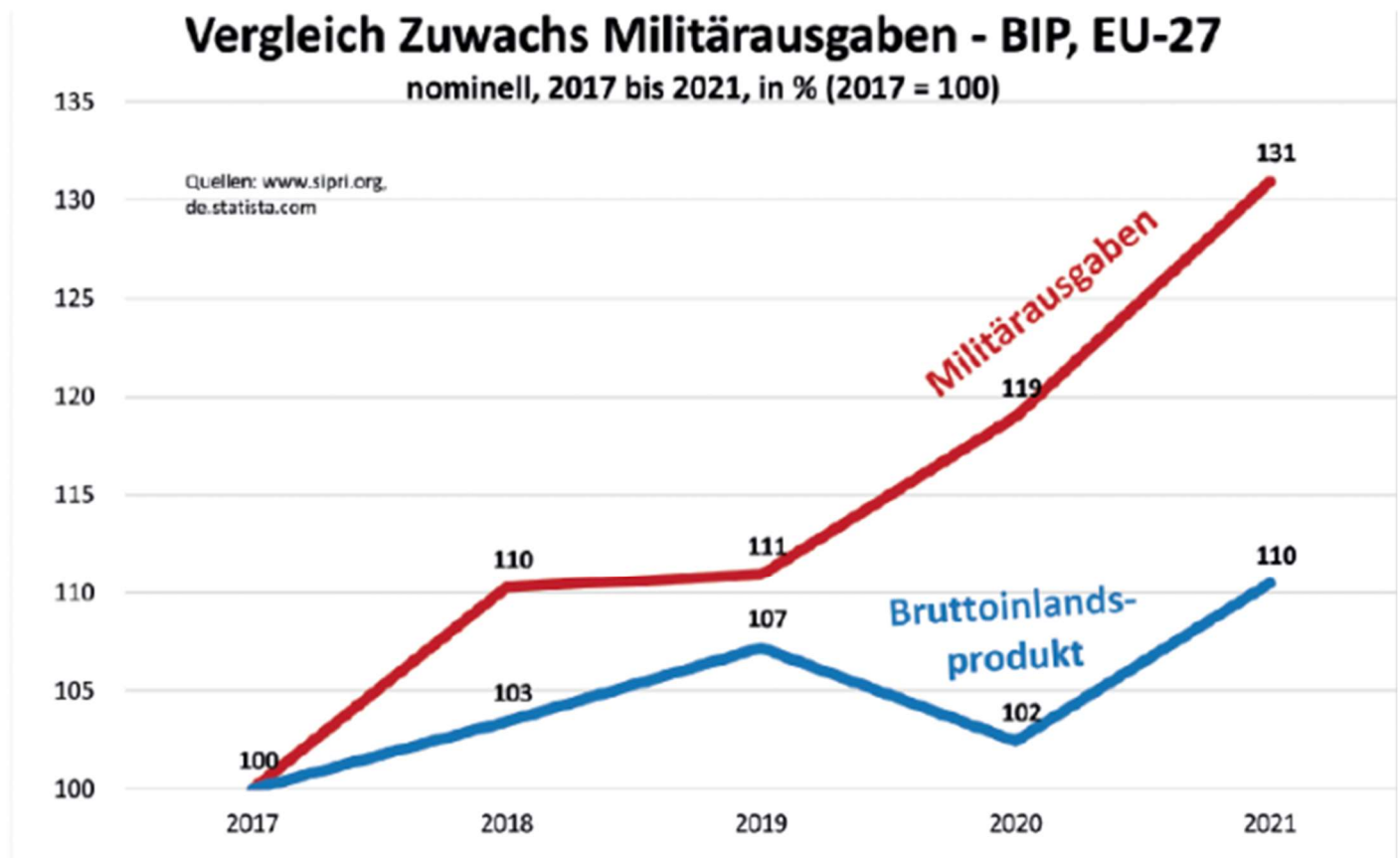


Offener Brief

<https://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/das-ziel-nummer-eins-unserer-generation>

„Das Ziel Nummer Eins unserer Generation“

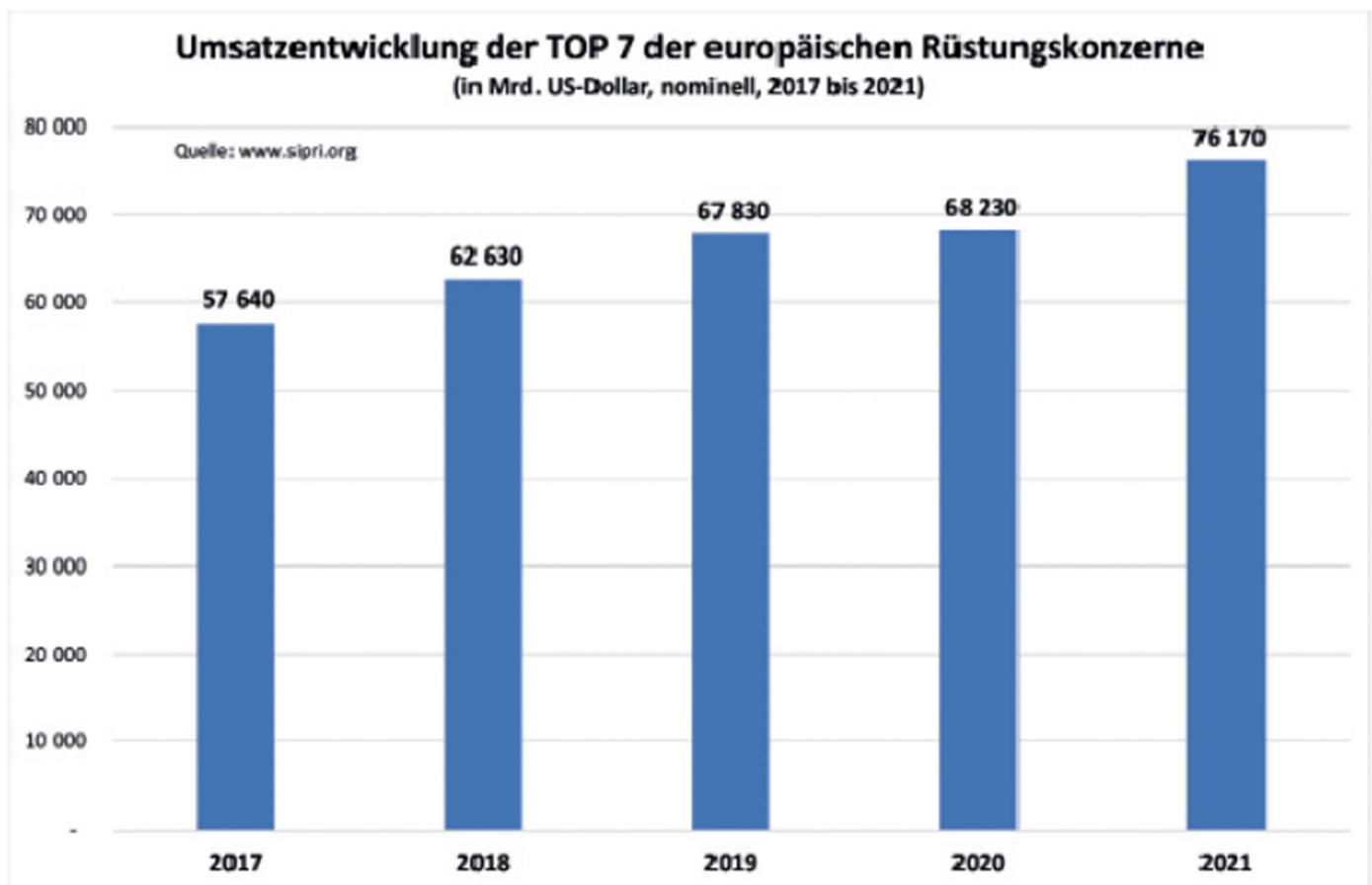


Der „Strategische Kompass“ der EU startet mit einem zusätzlichen 200 Milliarden Aufrüstungspaket bis 2025. EU-Ratspräsident Charles Michel schwärmt von der umfassenden EU-Kriegsfähigmachung als „dem Ziel Nummer Eins unserer Generation“. Die oberste Repräsentantin des EU-militärisch-industriellen-Komplexes drängt: „Das ist unser Augenblick!“

„Für den Waffensektor ist Lobbying weitaus mehr als Industrieinfluss für Europäische Institutionen; es ist vielmehr eine enge Zusammenarbeit zum Erreichen gemeinsamer Ziele. Die Europäische Union und die Europäische Kriegswaffenindustrie hat überlappende Interessen, die auf der Vision einer starken EU-Verteidigungspolitik, basierend auf einer starken Rüstungsindustrie, basieren.“ (1)

Zu dieser Schlussfolgerung kam 2011 die konzernkritische NGO Corporate Europe Observatory. Tatsächlich geht die Einflussnahme der Rüstungsindustrie auf die EU über das übliche Konzernlobbying hinaus. Die EU selbst ist die Herzkammer des militärisch-industriellen Komplexes (MIK) – also der Verschmelzung rüstungsindustrieller Profit-

mit geopolitischen Machtinteressen. Die Interessen des MIK selbst sind seit dem Lissabon-Vertrag (2009) in EU-Verfassungsrang gehoben worden – in einer Art und Weise, die weltweit wohl einzigartig ist: Alle EU-Staaten sind im Artikel 42 EUV zur permanenten Aufrüstung verpflichtet und ein eigenes ebenfalls in der EU-Verfassung verankertes Rüstungsamt („EU-Verteidigungsagentur“) ist damit beauftragt, ihnen dabei auf die Finger zu schauen bzw. zu klopfen. Durch die Schaffung der „Ständig Strukturierten Zusammenarbeit“ (EU-SSZ/Pesco), an der seit 2018 nahezu alle EU-Staaten teilnehmen, wurden die Aufrüstungsvorgaben konkretisiert und die Macht des MIK weiter gestärkt: Seit 2018 muss jedes EU-SSZ-Mitglied dem EU-Rüstungsamt seine Aufrüstungspläne zur Evaluierung vorlegen und gegebenenfalls nachbessern. Denn wer nicht ambitioniert genug hochrüstet, kann rasch wieder vor die EU-SSZ-Tür gesetzt werden. Und wer nicht im militärischen Kern ist, sitzt in EU-Europa am Katzentisch der Macht.

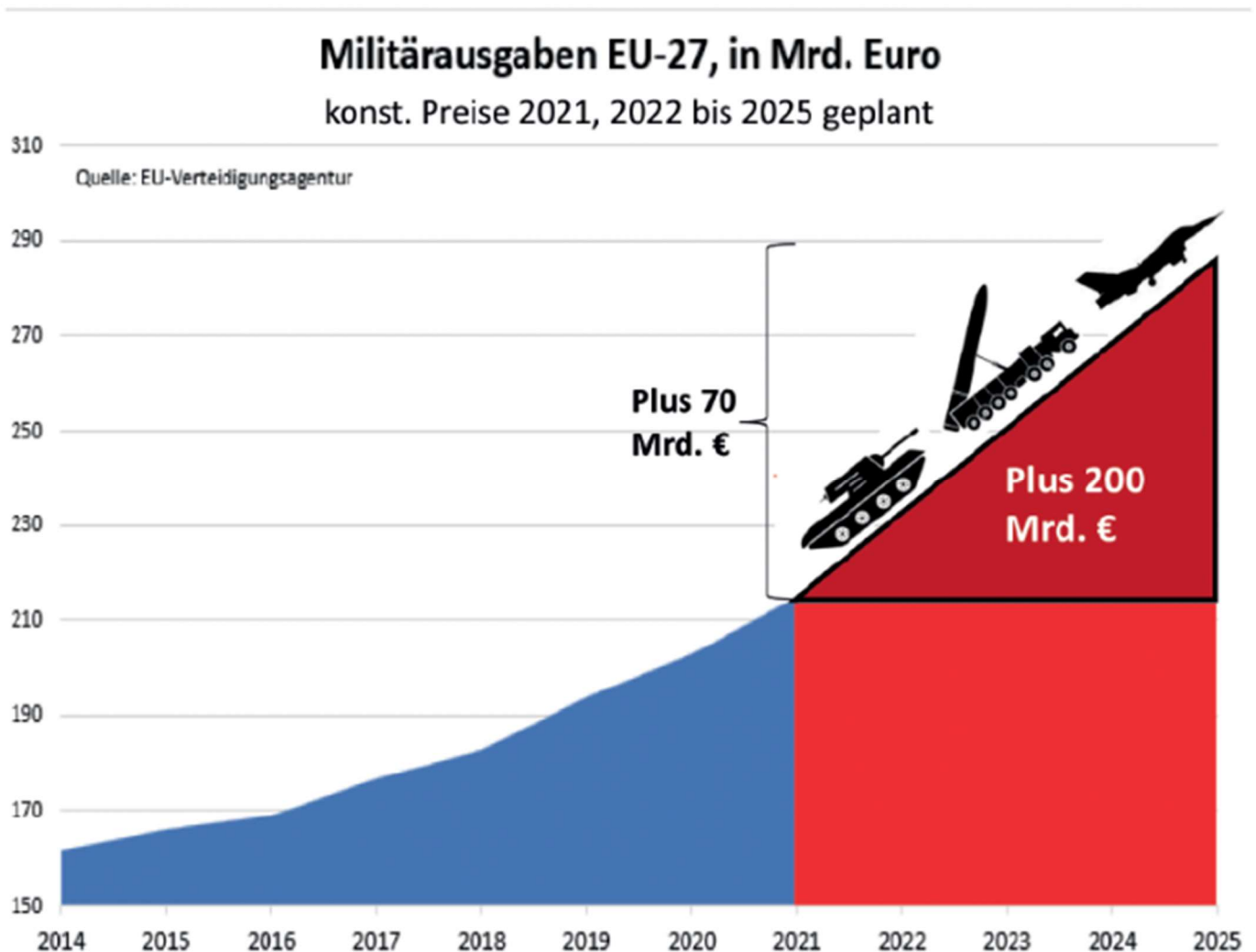


Von der SSZ-Ouvertüre ...

Die EU-SSZ ist seit 2018 in Kraft. Sie umfasst nicht nur die Verpflichtung, Jahr für Jahr das Militärbudget quantitativ zu erhöhen – mit Extravorgaben für Waffeninvestitionen und Rüstungsforschung –, sie beinhaltet auch die Verpflichtung, Truppen für weltweite EU-Militäreinsätze zur Verfügung zu stellen (EU-Battlegroups) und an konkreten Rüstungsprojekten mitzuwirken. Mittlerweile laufen bereits 60 solcher SSZ-Rüstungsprojekte – von der Entwicklung von Killerdrohnen über die Weltraummilitarisierung bis zum „Panzerfit“-Machen der Verkehrsinfrastrukturen. Einige Kennzahlen, die illustrieren, wie sich die EU-SSZ in den Militärhaushalten und in den Bilanzen der Rüstungskonzerne zu Buche schlägt:

Von 2017 bis 2021 sind die Militärausgaben in den Staaten der EU-27 (also ohne Großbritannien) nominell um über 30% gestiegen – dreimal stärker als das Bruttoinlandsprodukt im Vergleichszeitraum (sh. Grafik 1). Besonders aufreizend: Obwohl aufgrund der Covid-Pandemie das BIP im Jahr 2020 deutlich einbrach und sich 2021 notdürftig erholte (plus 3% gegenüber 2019), entschwand gerade in diesen beiden Covid-Jahren die Militärausgaben in lichte Höhen (plus 18% gegenüber 2019). Während es bei Gesundheit und Pflege an allen Ecken und Enden mangelte, was vielen Menschen das Leben kostete, wurde die Rüstungsindustrie mit Steuergeldern gemästet.

Und diese präsentiert das auch stolz in ihren Bilanzen: Die Umsätze der TOP 7 der EU-Rüstungsindustrie – Airbus (deutsch-franz.), MBDA (deutsch-franz.-brit.-ital.), BAE-Systems (brit.), Thales (franz.), Leonardo (ital.), Dassault (franz.) und Rheinmetall (deutsch) – stiegen von 2017 bis 2021 von 57 auf über 76 Milliarden Euro (sh. Grafik 2). Im Covidjahr 2021 klingelten die Kassen besonders süß für die Rüstungskonzerne: Während die EBIT-Gewinnzuwächse bei der Airbus-Military-Sparte (plus 6%) und BAE-Systems (plus 13%) fast noch bescheiden wirken, waren sie bei Dassault (plus 25%) und Thales (plus 32%) schon bemerkenswert; bei Rheinmetall (plus 53%) und Leonardo (plus 76%) knallten die Sektkorken.



... zum „Quantensprung“ des „Strategischen Kompasses“

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Doch was für den MIK wohl die erfreulichste Nachricht ist: Das alles ist bloß die Ouvertüre eines – wie es der EU-Rat selbst genannt hat – „Quantensprungs“ der **Militarisierung der Europäischen Union**. Beschlossen wurde dieser „Quantensprung“ im März 2022 nach jahrelanger Vorbereitung in Form eines 64-seitigen Dokuments mit dem harmlosen Namen „Strategischer Kompass“. Der Inhalt ist alles andere als harmlos. Ziel ist es – wie der Hohe Beauftragte der EU-Außenpolitik Josep Borrell schon davor formulierte – **die EU als „geostrategischen Akteur der obersten Kategorie“** zu etablieren und dafür die „Sprache der Macht neu zu erlernen“ (2). Der „Strategische Kompass“ bündelt die einzelnen Komponenten der „strategischen Autonomie“ zum Projekt einer **umfassenden Kriegsfähigmachung der EU** (nach Jürgen Wagner, (3):

- Politische Autonomie: **Die Fähigkeit, Kriege beschließen zu können**. Hier geht es letztlich darum, **das Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik zu kippen**. Im SK sind die Pfade in diese Richtung vorgezeichnet: „Koalitionen der Willigen“, „konstruktive Enthaltungen“.
- Operative Autonomie: **Die Fähigkeit, Kriege führen zu können**. Aufbau einer globalen EU-Eingreiftruppe, Etablierung eines EU-Hauptquartiers, gemeinsame EU-Kriegskasse („Friedensfazilität“)
- Industrielle Autonomie: **Die Fähigkeit, Kriege mit eigenen Waffen führen zu können**. Verstärkte Überwachung der Aufrüstungsverpflichtung der EU-SSZ/Pesco (CARD-Prozess) durch die EU-Verteidigungsagentur

„Projekt für dieses Jahrhundert“

EU-Ratspräsident Charles Michel hatte bereits 2020, als gerade der Startschuss für die Entwicklung des „Strategischen Kompasses“ gegeben wurde, pathetisch zu Protokoll gegeben: **„Wir senden eine Botschaft nicht nur an unsere Bürger, sondern auch an den Rest der Welt: Europa ist eine Weltmacht**. [...] Europäische strategische Autonomie ist nicht nur ein Wort. Die strategische Unabhängigkeit Europas ist unser neues gemeinsames Projekt für dieses Jahrhundert. Das ist in unser aller Interesse. 70 Jahre nach den Gründervätern ist die strategische Autonomie Europas das Ziel Nummer eins unserer Generation. Für Europa ist dies der eigentliche Beginn des 21. Jahrhunderts.“ (4)

„Dies ist unser Augenblick“

Die Rüstungsbudgets rauschen derzeit in allen EU-Staaten in die Höhe. Hinzu kommen viele Milliarden, die über eigene EU-Rüstungstöpfe ausgeschüttet werden (EU-Verteidigungsfonds, „Friedensfazilität“ u.a.). Die EU-Verteidigungsagentur hat die Zusagen der EU-Staaten zur Erhöhung der Militärausgaben bis 2025 durchgerechnet und zusammengezählt. Das Ergebnis ist spektakulär: 2025 würden – inflationsbereinigt – **die EU-Militärausgaben um 70 Milliarden höher liegen als 2021 – ein reales Plus von 32 Prozent**. Das deckt sich mit der Verlautbarung von EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen, dass die EU-Staaten bis 2025 200 Milliarden zusätzlich für das Militär auszugeben werden (5). **Die EU-Militärausgaben (ohne Großbritannien) betragen derzeit bereits das 4-Fache der russischen**. Angesichts der rasanten Aufrüstung könnte es 2025 bereits das 5-Fache sein. Für den militärisch industriellen Komplex ist das freilich noch lange nicht genug. Von der Leyen drängt euphorisiert: „Wir

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
müssen diese Dynamik aufrechterhalten. ... Wir müssen diesen Augenblick nutzen. **Dies ist unser Augenblick“** (5).

Ja, **das ist der Augenblick des militärisch-industriellen Komplexes.** Das sind zumeist die gefährlichsten und skrupellosesten Augenblicke in der Geschichte. **Es ist hoch an der Zeit für die Friedenskräfte, aus der Schockstarre zu erwachen.**

*Gerald Oberansmayr
(Dezember 2022/Werkstatt-Blatt 4/2022)*

Anmerkungen:

(1) Corporate Europe Observatory: Arms industry lobbying – a guide to the Brussels frontline, 20.07.2011, <http://corporateeurope.org>

(2) Tagesspiegel, 08.02.2020

(3) <https://www.imi-online.de/download/RLS-Kompass.pdf>

(4) Zit. nach EU-Rat, 8.9.2020

(5) Presseerklärung Von der Leyen, 18.5.2022

<https://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/den-eigenen-mik-entmachten>

Den „eigenen“ MIK entmachten!

•



Van der Leyen: Zusätzlich 200 Milliarden Euro für Aufrüstung bis 2025

*Stolz präsentierte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das EU-Aufrüstungspaket bis 2025: 200 Milliarden an zusätzlichen Militärausgaben. Dieser EU-Aufrüstungswahnsinn wird mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine begründet. **Das ist gleich doppelt falsch.***

Zum einen hat **dieses Aufrüstungsprogramm Jahre vor dem Ukraine-Krieg begonnen**. Die entscheidenden Weichen wurden beim EU-Rüstungsgipfel im Dezember 2013 (!) gelegt. Tatsächlich gehen ab 2014 die Rüstungsausgaben deutlich nach oben. Die nächsten Etappen waren: **EU-Globalstrategie** (2016), Gründung der „**Ständig Strukturierten Zusammenarbeit**“ (2017/18), des **EU-Rüstungsfonds** (ab 2017), der neuen **EU-Kriegskasse** namens „**Friedensfazilität**“ (2021) und schließlich der Beschluss des „**Strategischen Kompass**“ im März 2022, dessen Erarbeitung bereits 2020 begann.

Zum anderen hat die EU – ähnlich wie die USA – den Konflikt in und um die Ukraine selbst ständig eskaliert: Unterstützung des prowestlichen Staatsstreichs (2014) mit Hilfe offen neofaschistischer Kräfte; dieser Staatsstreich kippte die Neutralität der Ukraine und entzündete bereits ab 2014 den Funken des blutigen Bürgerkriegs. **Rasch folgten die militärische Anbindung an die EU (EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen) sowie erste Schritte Richtung NATO-Beitritt der Ukraine**. Das Minsker-Abkommen, das den Verbleib von Donezk und Luhansk mit Autonomierechten in einer stärker dezentralisierten Ukraine vorsah, **wurde ebenso torpediert wie russische Vorschläge für Friedensverträge im Dezember 2021**

Auch nach dem russischen Einmarsch **taten EU und USA alles, um den Krieg in die Länge zu ziehen**. Als sich im März/April 2022 Kiew und Moskau bei **Verhandlungen in der Türkei** bereits nahe gekommen waren (Rückzug russischer Truppen, Neutralität der Ukraine), **begann der Westen die Ukraine mit Waffen vollzupumpen, um einen Verhandlungsfrieden zu verhindern** und für einen „Siegfrieden“ und die „Ruinierung Russlands“ zu kämpfen. Die Militärische Unterstützungsmission der EU für die Ukraine (EUMAM), die **15.000 ukrainische Streitkräfte auf EU-Gebiet für den Krieg trainieren soll, könnte sogar – so der wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages – völkerrechtlich den Kriegseintritt der EU bedeuten**. Jedenfalls gießt sie weiter Öl in das Feuer des Krieges.

„Diese Doppelmühle kann nur eine starke internationale Friedensbewegung auflösen.“

Es muss immer wieder betont werden: Das alles rechtfertigt den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mitnichten, im Gegenteil: Diese Aggression ist ein fürchterliches Verbrechen, dem wahrscheinlich bereits über 100.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Offensichtlich glaubte die russische Staatsführung erst dann wieder im Konzert der Großmächte auf Augenhöhe mitspielen zu können, wenn sie die **völkerrechtswidrige Kriegspolitik des Westens** (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen...) nachahmt.

Mit diesem Krieg hat die russische Führung nicht nur unendliches Leid über die Menschen gebracht, sie hat auch **dem Militärisch-Industriellem Komplex (MIK) der EU die**

Legitimationskulisse für eine beispiellose Aufrüstungslawine verschafft. Der EU-MIK wollte nie eine Alternative zum Krieg, er will auch kein rasches Ende des Krieges, schon gar keines, das die Weichen in Richtung eines „gemeinsamen Hauses Europa“ legt, das auf kooperativer Sicherheit miteinander statt geopolitischer Konfrontation gegeneinander beruht.

Krieg und Konfrontation sind das Lebenselixier des Militär-Industriellen-Komplexes.

In jedem Machtblock. Die Militär-Industriellen-Komplexe, die sich gegenseitig spinnefeind sind, brauchen einander zugleich. Durch ihre geopolitische Rivalität pöppeln sie sich gegenseitig auf und verschaffen sich gegenseitig Legitimation und Ressourcen. Die eigene Bevölkerung wird durch die Angst vor dem „bösen“ Außenfeind in Geiselnahme genommen, um zu akzeptieren, dass unermessliche Reichtümer in den Rachen der Rüstungsindustrie geschleudert werden, während es bei der Bekämpfung von Hunger und Umwelterstörung an allen Ecken und Enden fehlt.

Diese Doppelmühle kann nur eine starke internationale Friedensbewegung auflösen, unterstützt durch neutrale und blockfreie Staaten, die sich nicht von den geopolitischen Rivalitäten der Großmächte zermahlen lassen wollen.

Eine strategische für die Friedensbewegungen in den verschiedenen Ländern und Kontinenten: Wir müssen den „eigenen“ MIK entmachten, statt uns vor dessen Karren spannen zu lassen.

Das ist keineswegs einfach, denn Angebote, sich vor dessen Karren spannen zu lassen, gibt es gerade in der EU von zwei scheinbar konträren Seiten: Während zumeist der Regierungsmainstream die „autonome“ EU-Aufrüstung propagiert, um „sich gegen Russland zu verteidigen“, wird vorzugsweise von rechtsaußen (manchmal in friedenspolitischer Maskerade) für eine „autonome“ EU-Aufrüstung getrommelt, um sich „aus der US-Vasallenschaft“ zu befreien. Beide Strömungen zanken sich so sehr in der Argumentation, dass nur wenigen auffällt, dass beide denselben machtpolitischen Fokus haben: die Stärkung des EU-MIK, in dessen Zentrum die deutschen Machteliten „nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung“ nun wieder „den Anspruch als Führungsmacht haben“ (O-Ton Lars Klingbeil, Vorsitzender der deutschen Kanzlerpartei).

Neutralität statt EU-MIK!

Die Solidarwerkstatt Österreich ist überzeugt: Die Hauptaufgabe einer Friedensbewegung hierzulande ist es, der Kriegs- und Aufrüstungspolitik des Militärisch-Industriellen-Komplex der EU entgegenzutreten. Für Österreich heißt das vor allem: Alle Verbindungen mit dem EU-MIK zu kappen, da nur so Österreich eine ernsthafte Friedens- und Neutralitätspolitik betreiben und Rückgrat für eine internationale Friedensbewegung werden kann.

Gerald Oberansmayr
(Dezember 2022)

Die **Parlamentarische Bürgerinitiative DIE WAFFEN NIEDER!** konkretisiert diese Herausforderung in sieben Forderungen an Regierung und Parlament. **Bitte unterstützen!**

Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck

US-Wahl als Bündnisvormacht der NATO

Ukraine NICHT aufnehmen und den Krieg in der Ukraine entschärfen

3. WELTKRIEG & ATOMKRIEG-Risiko

TOTSSCHWEIGEN

FAKTEN & TATSACHEN = WAHRHEIT